

Zimmermann, Klaus F.

**Article**

## Die Schotten bleiben dicht!?: Kommentar

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Zimmermann, Klaus F. (2009) : Die Schotten bleiben dicht!?: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 19, pp. 324-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151782>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## „Die Schotten bleiben dicht!“

von Klaus F. Zimmermann \*

Pünktlich zum fünfjährigen Jubiläum der Osterweiterung der Europäischen Union haben die Regierungen Berlins und Wiens angekündigt, den Zugang für Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern des Jahres 2004 (Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei) bis 2011 weiter zu beschränken. Damit bekräftigen beide Länder ihre Isolationspolitik, denn die anderen europäischen Staaten haben längst den gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt realisiert. So ist diese Entscheidung der deutschen und der österreichischen Regierung ein unverfrorener Akt, getrieben aus vordergründig nationalem Egoismus, aber sie ist fatalerweise auch ein eleganter Schuss ins eigene Bein.

Zu Recht ist in der Europäischen Union Unruhe über diese „Schotten-dicht-Politik“ entstanden. Zuletzt hatte EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla in der letzten Woche die vollständige Öffnung aller Arbeitsmärkte gefordert. Und die tschechische EU-Ratspräsidentschaft hat beide Länder für ihre restriktive Arbeitsmarktpolitik kritisiert. Diese Proteste zeigen, dass Verweise auf die Gefahren eines Brain Drains für Sendeländer ohne jede Basis sind. Auch belegen die bisherigen Erfahrungen in der EU, dass eine Öffnung weder Horden an zuwandernden Sozialhilfeempfängern noch an unqualifizierten Arbeitnehmern hervorbrachte. So ist die Entscheidung ein protektionistischer Akt, der nicht nur zu normalen Zeiten ein Schlag ins Gesicht für eine Politik offener europäischer Märkte ist. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist eine solche Politik brandgefährlich. Die bevorstehenden Europawahlen und die Bundestagswahl im Herbst sind keine Entschuldigung.

Die „Schotten-dicht-Politik“ schadet auch dem Verursacher. Durch sie hat Deutschland in den letzten Jahren Zuströme an wirtschaftlich Aktiven aus den Beitrittsländern nicht vermeiden können, sondern es hat nur weniger an dringend benötigten Fachkräften erhalten. Das Qualifikationsniveau der Zuwanderer hat deutlich abgenommen. Die Wirtschaftskrise böte den Regierungen Deutschlands und Österreichs die Chance, ihre verfehlte Migrationspolitik zu korrigieren. Denn die international präsenten Fachkräfte aus den Beitrittsländern positionieren sich jetzt mit langfristigen Konsequenzen neu.

Die fortgesetzte Einschränkung der Freizügigkeit muss begründet werden. Entsprechende Anträge der beiden Länder werden derzeit in der EU-Kommission geprüft. Angesichts der relativ stabilen Arbeitsmarktlage in beiden Ländern und der erwiesenen Vorzüge flexibler Arbeitsmärkte spricht nichts für weitere Restriktionen. Solidarität und Eigennutz gehen zusammen. Die EU muss deshalb das deutsche und österreichische Anliegen zurückweisen. Die Entscheidung liegt jetzt bei Brüssel.

\* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredation**

Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.